

Die Gewerkschaftsführer beim Reichskanzler.

N Berlin, 13. Septbr. (Priv.-Tel.) Die Vorstandskonferenz der Gewerkschaften hatte einstimmig beschlossen, eine Delegation zum Reichskanzler zu entsenden, um ihm die Forderungen der Arbeiter vorzutragen. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Berufsgruppen und Gegenden des Reiches wurden mit der Vertretung der Gewerkschaften beauftragt: Metzschle (Altenburg), Vorsitzender des Verbandes der Buchbinder, Paepow (Hamburg), Vorsitzender des Deutschen Arbeiterverbandes, Schmitt (Berlin), Vorsitzender des Deutschen Bedenarbeiterverbandes, Thomas (Frankfurt am Main), Vorsitzender des Verbandes der Dachbeder, Walbeder (Bochum), zweiter Vorsitzender des Verbandes der Bergarbeiter, und Legien (Berlin), Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Der Empfang fand gestern Nachmittag statt. Als Sprecher der Delegation führte der Zentralvorsitzende des Dachbederverbandes, Thomas (Frankfurt am Main) Folgendes aus:

Die Entsendung der Delegation beweise, daß die deutsche Arbeiterschaft noch einen Rest von Vertrauen zur Regierung habe, wenn auch fast das gesamte Volk durch die innerpolitischen Ereignisse der letzten Wochen erschreckend mutlos geworden sei. Die Vertreter der deutschen Arbeiterklasse könnten es nicht länger mit ansehen, wie das Volk von Stufe zu Stufe wirtschaftlich sinkt. Zunächst sei die Ernährungsfrage auf einem Tiefpunkt angekommen. Die Mengen, die gegenstandslos der Volksernährung entzogen würden, würden immer größer und gingen ins Ungemessene. Auf legalem Wege werde immer weniger verteilt. Auch die Schwerarbeiter müßten Bucherpreise zahlen. Immer allgemeiner werde um jeden Preis und ohne jede Rücksicht gekauft. Dadurch würden gerade die Menschen um die Lebensmittel gebracht, die sie am nötigsten brauchen. Die Körperkräfte der Arbeiter nähmen leistungsfähiger ab. Sie könnten körperlich nicht mehr leisten, was ihnen früher ein Leichtes war. Die Erfassung der Vorräte auf dem Lande sei gänzlich ungenügend. Die städtische Arbeitererschaft sei unter die Fuchtel des Mißstandes gezwungen. Auf die Landwirtschaft nähme man die größte Rücksicht. Bei der jetzigen Not wirkten die Unterlassungen wie Verbreden am Volke. Die Gewerkschaftsführer seien keine Schwarzschäfer, keine Klau- und Viehwäcker, aber es sei höchste Zeit zu bessern, denn die Aufregung unter der Arbeiterschaft sei ungeheuer. Die schönsten Mahnworte müßten wirkungslos bleiben. Im hungrigen Magen nur Gurgeln finden Suppenlogik mit Knödelgründen. Die Arbeiter sollten nicht länger hungern, da auch die Reichsnicht hungerten. Die Regierung müsse unbedingt die Schleichhändler aufhängen, alle Lebensmittel erfassen und dem geistlichen Volk zugänglich machen, die fleischlosen Wochen aufheben und mehr Kartoffeln geben. Ganzlich unverständlich sei die verrückte Preisgestaltung für Schuhe, Wäsche und Kleider. Der herrsche allgemein der unternehmende Wahn. Hier läßen die eigentlichen Landesherren, die das deutsche Volk vor den wirtschaftlichen Zusammenbruch führten. Eine einfache Arbeiterhose koste jetzt statt vier Mark 35 bis 60 Mark und beste nur den vierten Teil der früheren Zeit. Selbst ausgebeutete Löhne nicht mehr werden. Die Regierung müsse den Arbeitern Sorgen zur Verfügung stellen wie den Soldaten. Um die Unterernährung zu parabolisieren, müsse die Arbeitszeit eingeschränkt werden. Das könne geschehen, ohne daß die Industrie weniger leistungsfähig wird. Arbeitervertreter, Kriegsämter und Unternehmer müßten gemeinsam das Problem lösen. Aber in jedem Fall müsse sich Deutschland eine arbeitsfähige Arbeiterschaft erhalten. Alle wirtschaftlichen Nöte würden verschlimmert durch die unsichere, schwankende Politik im Innern, und die Regierung Hertling habe die erhoffte Stetigkeit nicht gebracht. Die Empörung über die unschlüssige Haltung sei zur Siebentage gediehen. Grimmig erwiderte, wende sich das Volk von der Komödie im Herrenhaus ab. Die Regierung müsse endlich ein Machtwort sprechen, den Landtag auflösen und das Kaiserwort wahr machen. Die Maßnahmen der Generalkommandos auf dem Gebiet der Penur und des Belagerungsstandes lasteten sehr auch auf den Gewerkschaften und ihrer Presse. Bei manchen Generalkommandos herrsche äußerster Mißtrauen gegen die Gewerkschaften.

Zum Schluß forderte der Redner eine klare und unumwundene Abgabe an die Arbeiterschaft und an die Innereuropapolitik. Das Volk wolle resloße Klarheit,

unabhängig von der jetzigen Kriegslage. Gerade jetzt, wo der feindliche Durchbruch verhindert und eine Ermattung der feindlichen Heerschaaren eingetreten sei, sei die beste Zeit, sich unzweideutig auf den Verständigungsfrieden festzulegen. Gerade diejenigen, die es mit der Verteidigungspflicht ernst meinten, sollten durch eine freundliche Geste und durch ein klares Wort die Kriegszeit abgekürzt sehen. Auch dürften beim Friedensschluß die internationalen sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften nicht einfach weiter vernachlässigt werden. Die größte Sorge um die Zukunft der deutschen Volkswirtschaft und die Lebensfähigkeit der deutschen Arbeiter habe die Arbeitsvertreter hierher zusammengeführt. Nur energische Taten der Regierung könnten helfen, die jetzige schwierige Zeit zu überstehen.

Für die Regierung antwortete

Reichskanzler Graf Hertling:

Die Politische Reichsleitung sei mit der Obersten Heeresleitung völlig einig in der Erstrebung des Verständigungsfriedens. Der Krieg werde nicht eine Minute länger dauern, als zur Verteidigung unbedingt nötig sei. Die bisherigen Friedensangebote Deutschlands seien leider hohnlachend zurückgewiesen worden. Vor kurzem habe wüster Chauvinismus die ganze feindliche Presse beherrscht, trotzdem hoffe er zuversichtlich, daß wir dem Frieden näher seien, als man allgemein glaube. Jedenfalls seien Reichsregierung und Heeresleitung einmütig gegen jede Eroberung; darüber bestünden keine Meinungsverschiedenheiten und seien keine Befürchtungen nötig.

Zum allgemeinen Wahlrecht könne er nur wiederholen, daß er damit steh und falle. Er wundere sich, daß seine Worte bezweifelt würden. Man müsse doch begreifen, daß die bisherigen maßgebenden Parteien durch die Wahlreform beunruhigt seien. Auch das Herrenhaus habe seine verfassungsmäßigen Rechte. Aber bewegen gehe er nicht einen Schritt vom gleichen Wohltat ab und, sobald feststehe, daß keine Verständigung zu erzielen sei, sei er sofort zur Auflösung entschlossen.

Staatssekretär Ballraf gab Mittheilung im Vereins- und Versammlungsrecht und im Zentralwesen zu. Er erbat noch die Vorlegung des Materials. In der nächsten Woche fänden mit den einzelnen Generalkommandos neue entscheidende Besprechungen statt.

Staatssekretär v. Walbow bedauerte, daß die Verspätung der Ernte noch keine Ueberflut zulasse. Schärfere Mittel zur Erfassung der Lebensmittel ständen nicht zu Gebote. Der Schleichhandel in kleinen Mengen käme den Arbeitern zu Gute und lasse sich kaum unterdrücken. Die Sommerernte sei wohl um 15 Prozent besser als im Vorjahr, die Kartoffelernte schlechter. Die Versorgung der Industrie werde vom 1. Oktober an besser werden. Die Wiederherstellung der vollen Produktion trete bestimmt ein. Eine Erhöhung der Kartoffelration könne er nicht in Aussicht stellen, da das ungünstige Wetter die Ernte beeinträchtigt und Eisenbahnen und Gemeinden bei größeren Mengen unüberwindliche Transportchwierigkeiten hätten. Die fleischlosen Wochen müssen beibehalten werden, um die Milch- und Fettversorgung nicht zu gefährden. Die allgemeine Verbesserung der Ernährung könne er leider nicht in Aussicht stellen, aber ganz bestimmt werde sie nicht schlechter werden.

Staatssekretär v. Stela schilderte die Schwierigkeiten in der Bekleidungsfrage. Die Ersatzmittel müßten auch für die Arbeiterkleidung ausgenutzt werden. Die Gewerkschaftsforderungen zum Friedensvertrag hätten bei den Verhandlungen mit Rücksicht auf die besondere Lage und die gebotene Eile zurückgestellt werden müssen, seien aber nicht vergessen. Für die künftigen Friedensverhandlungen sei das deutsche Programm für die internationale Sozialgesetzgebung fertig ausgearbeitet. Die internationalen Arbeiterversicherungsverträge würden nicht vergessen werden.

Oberst Braun vom Kriegsamt verlas die Frage der Arbeitszeitverkürzung werde ernsthaft geprüft. Sie werde überall sofort durchgeführt werden, wo es ohne Produktionsausfall möglich sei. Im Bergbau sei sie freilich gänzlich ausgeschlossen.

Reichstagsabgeordneter Legien entgegnete, bei den hoffnungslosen Auskünften über die Ernährungsfrage sei die Arbeitszeit nicht länger durchzuführen. Er ging dann auf die Verdächtigungen der Gewerkschaften durch das stellvertretende Generalkommando des 6. Armee-Korps ein.

Dann schloß Reichskanzler Graf Hertling die Zusammenkunft mit Worten des Dankes für die hoffentlich nutzbringende Aussprache.